

GÖTTINGEN



Konzert in der Musa
Allgäuer Alternative-Band „Rainer von Vielen“ zu Gast in Göttingen

Seite 12

Hauptstraßen mit Tempobremse

Rat beschließt Teilnahme an Modellversuch

Göttingen. Mit der Mehrheit von SPD und Grünen hat sich am Freitagabend der Göttinger Stadtrat für eine Teilnahme am Modellprojekt „Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen“ des Landes Niedersachsen ausgesprochen. Im Gespräch ist eine Temporeduzierung für die Reinhäuser Landstraße (vom Geismar Tor bis zur Kiesseestraße), die Königsallee (von der Groner Landstraße bis zur Godehardstraße) und den Düstereichen-Weg (von der Herzberger Landstraße bis zum Nikolausberger Weg).

Anlass für die Teilnahme ist das Göttinger Klimaschutzkonzept für das Stadtgebiet. Danach ist die Stadt verpflichtet, entsprechend der Zielvorgaben der Bundesregierung die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Über das Jahr 2020 hinaus soll eine Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2030 um 50 Prozent und bis 2050 um annähernd 100 Prozent (jeweils gegenüber dem Basisjahr 1990) erreicht werden.

Vorgesehen sind insbesondere Maßnahmen zur Vermeidung oder Verlagerung von Pkw-Fahrten auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes. Weitere Effekte einer Temporeduzierung: Erhöhung der Verkehrssicherheit, Reduzierung der Lärm- und Luftschadstoffbelastung, eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität und die Schaffung neuer Möglichkeiten für die Aufteilung des Straßenraums.

Für die Grünen sprach sich Ulrich Holefleisch für die Teilnahme an dem Modellversuch aus. Neben den Vorteilen in Sachen Schadstoffausstoß „sterben auch weniger Leute“, weil die Unfallfolgen bei geringerem Tempo bei weitem nicht so schwer seien. Göttingens Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) erklärte, ein niedrigeres Tempo schütze auch „die schwächsten Verkehrsteilnehmer, die Fußgänger“. Das sollten nicht nur Autofahrer, sondern auch Radfahrer zur Kenntnis nehmen.

CDU und FDP lehnten hingegen eine Teilnahme am Tempo 30-Versuch ab. „Wir brauchen eine grüne Welle und keine Temporeduzierung auf 30“, begründete Mareike Röckendorf (FDP) die Ablehnung. Auch Francisco Welter-Schultes (Piraten) erklärte, eine grüne Welle sei „sinnvoller als das Aufstellen von Schildern“.

Die Ausschreibung des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Teilnahme an dem Tempo 30-Modellversuch räumt interessierten Kommunen die Möglichkeit ein, an einem Auswahlverfahren für ein auf drei Jahre angelegtes Modellprojekt des Landes teilzunehmen, das die Veränderungen einer Geschwindigkeitsbeschränkung von 50 auf 30 Stundenkilometer auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen untersuchen soll. Hierbei geht es insbesondere um die Auswirkungen und Veränderungen von Tempo 30 gegenüber bisher Tempo 50 bezogen auf die Indikatoren Luft, Lärm, Verkehrssicherheit und verkehrliche Belange. *hein*



Friedenslicht in Göttingen angekommen

In der St. Michael-Kirche in Göttingen ist am Sonntag das Friedenslicht ausgesandt worden. Pfadfinder des Stammes Göttingen der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg hatten es zuvor am Bahnhof vom Zug abgeholt und in die Kirche ge-

bracht. An der zentralen Aussendungsfeier nahmen außer dem Göttinger Stamm auch die Stämme aus Duderstadt, Gieboldehausen, Seesen, Osterode und Herzberg teil. Das Licht in die Welt zu tragen, sei ein zentrales Motiv des Ad-

vents. „Das Friedenslicht ist ein Wegzeichen, das uns den Weg zum Frieden zeigen soll“, sagte Diakon Martin Wirth in seiner Predigt. Daher solle das Licht nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt verteilt werden. *VE/FOTO: BÄNSCH*

Bioenergiezentrum im Rat umstritten

Neues Kraftwerk für Göttingen: Befürchtungen über Schadstoffausstoß

Von Matthias Heinzl

Göttingen. Gegen Ende der Sitzung des Göttinger Stadtrats am Freitagabend hat sich das Gremium in einer aktuellen Stunde ausführlich mit dem geplanten Bioenergiezentrum der Stadtwerke befasst. Unter den Parteien ist das Projekt, das unter anderem eine Pilotanlage zur Holzvergasung umfasst, sehr umstritten.

Beauftragt hatte die Diskussion in der Dezember-Ratssitzung die Linke. Nicht umstritten ist der positive Effekt auf die CO₂-Bilanz: Die Anlage soll mit Totholz oder anderweitigem nicht nutzbarem Holz betrieben werden. Streitpunkte sind hingegen die Frage, ob das bisher im Realbetrieb unerprobte Verfahren zu einem vermehrten Ausstoß von Feinstaub im Nano-Bereich und sogar des Supergifts Dioxin führen kann – und das mitten in der Stadt, am Maschmühlenweg/Ecke Hilde-

brandstraße. Die Planungen waren notwendig geworden, weil das Heizkraftwerk in der Godehardstraße in die Jahre gekommen ist.

Gerd Nier (Linke) erklärte im Rat, die Unbedenklichkeit und Ungefährlichkeit der geplanten Holzvergasung, die Verwertung der Aschen sowie vergaberechtliche und Haftungsfragen seien nicht geklärt. Mehrere Göttinger Wissenschaftler hätten dazu erhebliche Bedenken geäußert, sagte Nier.

Katharina Schüle-Rennschuh (CDU) erklärte, zu viele Fragen seien offen. Unter anderem seien in der Vereinbarung zwischen Göttinger Stadtwerken und der Boson Energy SA als Kraftwerksbauer sehr viele Fragen ungeklärt, beispielsweise zur Sicherheit, zur Haftung und zur Kontrolle während des Betriebes. Demgegenüber sagten Tom Wedrins (SPD) und Sabine Morgenroth (Grüne), die Anlage sei wichtig für

den Klimaschutz und zudem nötig, um das Fernwärmenetz weiterhin wirtschaftlich betreiben zu können.

Weitere Kritik kam hingegen von Edgar Schu (Linke). Bei dem Versuch, Unterlagen zu dem Projekt einzusehen, sei er als Ratsmitglied sehr zu einer positiven Haltung gedrängt worden. Seiner Kenntnis nach stehe das Luxemburger Unternehmen „auf der Kippe“ und drohe unterzugehen, wenn das Göttinger Projekt platze.

Geplant wird das Kraftwerk von den Göttinger Stadtwerken und der Boson Energy SA in Luxemburg. Das 2009 gegründete Unternehmen aus Luxemburg entwickelt Anlagen auf dem Gebiet der biogenen Wärme- und Energiegewinnung. Das neue Heizkraftwerk wird aus einem Holzhackschnittelkessel und für eine Testphase von zwei Jahren aus einer Holzvergaseranlage bestehen, wofür die reichhaltigen Vorkommen an Holz und Altholz in

Südniedersachsen genutzt werden sollen. Bei der Holzvergasung wird die eingesetzte Biomasse unter Ausschluss von Sauerstoff zersetzt und in ein brennbares Gasgemisch überführt, das einen Gasmotor antreibt, der so Wärme und Strom erzeugt. Pyrolyse-Anlagen werden normalerweise bei Temperaturen ab 200 Grad Celsius betrieben. Boson habe aber das Patent auf die Pyrolyse im Hochtemperaturbereich ab 1000 Grad Celsius, bei dem alle schädlichen Prozessrückstände wie Ruß und Teer vermieden werden. Der Testbetrieb in Göttingen soll von der Göttinger Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) begleitet werden. Das neue Bioenergiezentrum soll vorwiegend Fernwärme liefern.

Der Spatenstich für das Bioenergiezentrum ist bislang für das Frühjahr 2018 geplant. Anfang 2019 soll es den Testbetrieb aufnehmen.

„
Zu viele Fragen sind noch offen.“

Katharina Schüle-Rennschuh, CDU-Ratsfrau

STADTGESPRÄCH



Das Krippenspiel gehört vielerorts zum Heiligabend wie die Kugeln an den Tannenbaum. Doch wo kommen jedes Jahr wieder die vielen Marias, Josefs, Hirten und Engel her? In Duderstadt bereiten sich seit den Herbstferien rund 20 Kinder gemeinsam vor.

IN KÜRZE

Interreligiöser Kalender erschienen

Göttingen. Um den interkulturellen Austausch zu unterstützen, hat das Büro für Integration der Stadt Göttingen erneut den interreligiösen Jahreskalender veröffentlicht. Dieser beinhaltet die Feier- und Festtage der in Göttingen am häufigsten vertretenen Religionen. Dazu zählen das Judentum, der Buddhismus, der Islam, das Ezedentum und das Christentum. Seit 2010 entsteht der Kalender nach Angaben der Stadt im Austausch mit den Religionsgemeinschaften vor Ort. Gedruckte Exemplare sind im Foyer des Rathauses oder beim Büro für Integration erhältlich. *meg*

Kräftige Jungs für 400 Dollar

Mahnwache gegen Flüchtlingspolitik, Sklaverei und Menschenhandel in Libyen

Von Matthias Heinzl

Göttingen. Etwa 40 Personen, darunter viele Flüchtlinge aus Eritrea, haben am Sonnabendmorgen vor der Jacobi-Kirche eine Mahnwache für eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik Deutschlands und der Europäischen Union in Libyen abgehalten. Organisiert wurde die Veranstaltung von Göttinger Bürgern, die selbst einige Flüchtlinge privat aufgenommen haben.

Einige der Flüchtlinge haben Kontakte zu Menschen in den libyschen Lagern, in denen teils unvorstellbare Zustände herrschen. Erst kürzlich hatte die Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker (GfV) eine breitere öffentliche Diskussion über Rassismus in Nordafrikas muslimisch-arabisch geprägten Gesellschaften gefordert, um die Versklavung von Flüchtlingen und Migranten aus West- und Ostafrika zu bekämpfen. „Wenn Sklaverei endlich be-

endet werden soll, dann muss sich auch die Wahrnehmung von Menschen aus den Subsahara-Ländern verändern“, erklärte der GfV-Direktor Ulrich Delius. „Der auch in Nordafrika weitverbreitete Rassismus ist mit mehr Rechtsstaatlichkeit und Strafverfolgung von Menschenhändlern allein nicht wirksam zu verhindern. Die arabisch-muslimisch geprägten Gesellschaften Nordafrikas ignorieren seit Jahren das Weiterbestehen der Sklaverei in Mauretanien, und Übergriffe auf Flüchtlinge aus anderen afrikanischen Staaten sind weit verbreitet.“ Solche Entwicklungen seien im Übrigen nicht neu: Bereits unter Libyens frühem Staatschef Muammar al-Gaddafi habe es in Libyen pogromartige Übergriffe auf Menschen anderer Hautfarbe gegeben.

Mittlerweile strebt die EU-Kommission eine baldige Auflösung der Camps an. Um die 400.000 Flüchtlinge aus Subsahara-Ländern halten sich in Libyen



Mahnwache für eine die Menschenrechte achtende Flüchtlingspolitik Deutschlands und der EU in Libyen vor der Jacobi-Kirche. FOTO: RICHTER

auf. Etwa 15.000 von ihnen sind in 30 Lagern interniert, die überwiegend von bewaffneten Milizen kontrolliert werden. In und außerhalb dieser Camps sind Diskriminierung, Verschleppung, Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen verbreitet.

„Libyen hat wie Marokko und Algerien ein akutes Rassismus-

Problem“, erklärt Delius. „Rechtlosigkeit und katastrophale Zustände in Flüchtlingslagern schüren Übergriffe auf Flüchtlinge und Migranten. Doch solange der Rassismus weiter tabuisiert wird, wird auch eine Auflösung der Camps in Libyen zu einer spürbaren Verbesserung der Lage der Betroffenen führen.“ Mitte November hatte der US-Nach-

richtensender CNN Bilder einer mutmaßlichen Sklavenuktion in Libyen ausgestrahlt. Darin preist der Auktionsleiter die mit Sklaven „Kräftige Jungs für die Feldarbeit“ an. Am Ende werden sie für jeweils 400 Dollar verkauft. Auf dem Videokanal Youtube ist die Aussage eines Kameruners zu sehen, der behauptet, er selbst sei in Libyen verkauft worden, habe aber noch viel Schlimmeres erlebt.

Bereits im April hatten Augenzeugen gegenüber der Internationalen Organisation für Migration (IOM) über die Praktiken der Sklavenhändler berichtet. Danach werden Flüchtlinge und Migranten nicht nur für die Arbeit gekauft, sondern auch mit dem Zweck, sie so lange zu verprügeln oder zu vergewaltigen, bis ihre Verwandten ihre Lösegelder zahlen, um sie freizukaufen. Frauen wurden laut dem IOM-Bericht an Libyer auch als Sex-Sklavinnen verkauft.